

STEINKES ANSICHTEN



Die letzten ihrer Art

In unserer Umarmungsdemokratie profitiert die Opposition, wenn sie die Regierung unterstützt. Zur Zeit hat die Union in den Umfragen die Regierungsparteien im Bund weit hinter sich gelassen. Die hart verhandelte Zustimmung der CDU/CSU zum neuen Bürgergeld katapultierte die Verlierer der Bundestagswahlen aktuell auf rund 30 Prozent in der Sonntagsfrage. Kooperative Opposition im deutschen parlamentarischen System belohnen die Bürger. Keineswegs Totalopposition. Dabei ist es ungewohnt, sich wieder in eine demokratische Opposition einzuhören. Die politische Ökumene der Groko-Serien narkotisierte. Die Opposition war marginalisiert oder, als AfD, schrill. Angela Merkel orchestrierte zudem als Kanzlerpräsidentin die (Fast-)Allparteiheiten. Die Debatten im Parlament litten unter Diskurs-Allergie.

Das ist in Zeiten der Ampel anders. Die parteipolitischen Fronten sind mit Rot-Grün-Gelb wieder sichtbarer. Die Debatten im Bundestag sind vielstimmiger Ausdruck der Demokratie, vitalisiert durch heftige Kontroversen mit echten Alternativen. Ein Empörungsort für Proteste. Friedrich Merz (CDU) brilliert in der Rolle des Oppositionsführers mit schneidiger Selbstgewissheit. Seine neodirigistische Entschiedenheitsprosa brachte den Kanzler häufig in die Defensive und bediente zugleich die gewachsene Nachfrage nach verlässlicher Autorität.

Die Bestwerte für die bürgerlich-konservative Opposition sind parlamentarisch erarbeitete Merz-Werte. Weder wünscht sich eine Mehrheit die Union als Kanzlerpartei zurück, noch erkennt eine Mehrheit besondere Alleinstellungsmerkmale einer inhaltlich erneuerten Union. Die Umfragen belohnen in deutscher Manier, wenig überraschend, den Sound des oberlehrerhaften Besserwissens.

Versuch und Irrtum bestimmen das Handeln der Koalition in all den Krisen

Und diese Rolle ist in Zeiten des Gewissheitsschwundes leicht zu erobern. Denn die Bundesregierung agiert als permanenter Krisenlotse. Planbarkeit der Politik war gestern. Unberechenbarkeit bleibt das Prinzip der politischen Steuerung. Mit Versuch und Irrtum tastet sich die Ampel im Modus des Nachbesserns durch die Krisen. Da ist es leicht, für Oppositionsparteien nachträglich aufzulisten, was man problemlösend hätte besser machen können, ohne nachzuweisen, dass man mit gleichem Kenntnisstand zu ähnlichen Schlussfolgerungen gekommen wäre.

Im Land der Oberlehrer

Zum Jahrestag der Ampel steht die Opposition gut da, in den Umfragen. Kein Wunder, wenn man weiß, wie die Deutschen ticken

Von Karl-Rudolf Korte

Vielleicht ist das der Preis der Risikoderme, in der für die Politik immer eine Erwartungssicherheit des Nicht-Erwartbaren besteht. Jede Umgangsroutine der vergangenen Jahre führt nicht mehr zur Problemlösung. Politik wirkt immer unfertig, konfrontiert mit der Fiktion der dauerhaften Lösbarkeit von Problemen. Es existieren keine Zwangsläufigkeiten mehr. Das jeweils Unwahrscheinliche zu managen, setzt mehr als nur neue Lagedefinitionen voraus. Moderne Fähigkeit, mit Verunsicherung umzugehen, erfordert Probandeln im Geiste. Weiterdenker müssen nicht sehen, was eine Gesellschaft will oder was auf sie zukommt, sondern eher, was sie glaubt, erwarten zu können. Wer sich festlegt in diesen Zeiten, riskiert Glaubwürdigkeitsverluste. Die Unübersichtlichkeit all der Krisen fördert mithin auch die kommunikativen Meister des Diffusen und des Ultraprägnanten.

Die niedrigen Umfragewerte für die Ampel im Bund sind insofern nicht überraschend. Denn welcher sicherheitsdeutsche Wähler liebt experimentelles Regieren? Hier wählt man das Bekannte, das Vertraute, die Amtsinhaber. Sie garantieren in der politischen Mitte eine verlässliche Langeweile, wie die zurückliegenden Landtagswahlen auch 2022 erneut verdeutlicht haben.

Die Ampel leidet aber zusätzlich auch am ungewohnten Format – gegenüber Wählern ebenso wie gegenüber den Berichterstatern. Denn die Berliner Ampel modernisiert die traditionelle Kanzlerdemokratie. Scholz hat ein historisch schwaches Mandat von den Wählern bekommen, wie nie ein Kanzler zuvor. Die flexibi-

le Trias ist ein Sonderformat. Zu dritt ist man systematisch kontroverser als zu zweit. Die fluiden Fronten, als Dauerinteressenabwägung, sind so zu moderieren, dass sich kein „zwei gegen einen“ verfestigt. Die Kanzlerpartei ist dauerhaft in der Minderheit.

Zwar nutzt Scholz die Dramaturgie der Richtlinienkompetenz, um zu priorisieren, aber den Koalitionsalltag bestimmen eher Stile wie Anpassen, Tauschen, Kuratieren im Dissens-Management der Lern-Koalition. Die Not, verursacht durch all die Krisen, stabilisiert sie. Dabei kann die Macht im Kanzleramt sein, muss sie aber nicht. Die Macht des Miteinanders hat bislang dazu geführt, dass Interna intern bleiben. Die Dynamik der Vielstimmigkeit ist Teil der Vereinbarung. Wir müssen uns daran wieder neu gewöhnen, dass zum multizentrischen Regieren auch die Fraktionen des Bundestags gehören; ebenso wie die öffentlichen kontroversen Diskurse innerhalb der Koalition. Man hat den Eindruck, dass die Entscheidungsfähigkeit wichtiger ist als die Entscheidungskompetenz. Lernend-kollaborativ, fehlertolerant zeigt sich die Ampel. Das wirkt aufdringlich unfertig. Widersprüche zu umarmen, ist zudem in der Ampel schwierig, aber auch für uns als Bürger anstrengend zu beobachten.

Was die zumeist älteren Wähler nicht goutieren: Veränderungen, die Verlustängste auslösen

Zu den extrem antagonistischen Umfragewerten zwischen Regierung und Opposition kommt es auch durch den Gegenstand des Koalitionsvertrags. Geplant sind keine Reparaturarbeiten am Wohlfahrtsstaat, sondern die Transformation in eine digitale Nachhaltigkeitsgesellschaft. Und dies paart sich mit realen Verlustängsten. Wie soll das eine Gesellschaft goutieren, in der viel mehr Menschen über 70 Jahre stimmberechtigt sind als unter 30? Wie weit reicht der Veränderungspatriotismus angesichts der ökonomischen Knappheit? Wie entscheiden sich risikoaverse Sicherheitsdeutsche, die fast mit Angstlust überall zögerlicher agieren als andere Europäer? Wie populär klingenden Zumutungen? Da liegt es nahe, dass sich viel mehr hinter den Bewahrern als hinter den Veränderern scharen. Da der Wählermarkt aber auch viele Fans des Erfolgs kennt, könnten nach einem durchgeheizten Winter die Werte für die Regierung wieder nach oben klettern.

Karl-Rudolf Korte ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen sowie Direktor der NRW School of Governance.

Verzweckt

Wenn die Politik sich an der Definition historischer Ereignisse versucht, ist das ein Problem. Wie die Bundestags-Initiative zum Holodomor zeigt

Von Norbert Frei

Exakt 39 Minuten waren im Bundestag für Robin Wagners Initiative reserviert. Der Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe sprach am vorvergangenen Mittwoch als Erster über den Antrag, den seine Fraktion, die Grünen, zusammen mit SPD, CDU/CSU und FDP nur einen Tag zuvor eingebracht hatte: „Holodomor in der Ukraine: Erinnern – Gedenken – Mahnen“. Zum 90. Jahrestag der Hungersnot, die durch die brutale Kollektivierungspolitik der Sowjetführung ausgelöst worden war und die (vor allem im Winter 1932/33) Millionen Menschen das Leben kostete, fassten die Abgeordneten einen von der Öffentlichkeit zwar nur mäßig beachteten, aber geschichtspolitisch bedeutsamen Beschluss: Aus heutiger Perspektive liege es nahe, den Holodomor „historisch-politisch“ als Völkermord einzuordnen. „Der Deutsche Bundestag teilt eine solche Einordnung.“

Das reicht weit über die Formulierungen hinaus, mit denen die Grünen 2016 – also nach Putins Annexion der Krim und angesichts des Krieges im Donbass – schon einmal versucht hatten, der „ökonomischen, politischen und militärischen Destabilisierung der Ukraine“ entgegenzuwirken und ein „verantwortungsvolles Gedenken und Erinnern an die Geschichte“ zu fördern.

Wie jene vor fünf Jahren, fand die Debatte vor gut einer Woche in Anwesenheit von Andriy Melnyk statt, der seinerzeit bereits als ukrainischer Botschafter und nun, zusammen mit seinem Nachfolger, als stellvertretender Außenminister auf der Besuchertribüne saß. Auch sonst ging es diesmal vor allem um Verstärkung. Die ältere, von der damaligen Abgeordneten Marieluise Beck auf den Weg gebrachte Beschlussvorlage der Grünen hatte den Holodomor noch als eines von mehreren zentralen Ereignissen in der komplexen Geschichte der Ukraine benannt. Das „Trauma, Schauplatz größter Menschheitsverbrechen von Hitler und Stalin gewesen zu sein“, so hieß es damals analytisch klug und zugleich empathisch, definiere bis heute wesentlich das kollektive historische Bewusstsein des Landes.

Die nachlesenswerte Debatte (sie kam erst im Mai 2017 zustande und endete mit der einvernehmlichen Überweisung des Antrags an den Auswärtigen Ausschuss) war bei vielen, die das Wort ergriffen, von dem Eingeständnis geprägt, die deutschen Verbrechen in der Ukraine zu lange lediglich als Teil der Kriegführung gegen die Sowjetunion gesehen zu haben. Aber zur Sprache kam auch die Ablehnung nationalisierter Geschichtspolitik. Besonders klar war in diesem Punkt der Münchner CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl, der auf die nach dem „Euromaidan“ 2014

gegründete Deutsch-Ukrainische Historikerkommission verwies und meinte, die „Interpretation der Ereignisse im Einzelnen und ihre historische Einordnung“ seien nicht die Aufgabe des Staates, sondern der Wissenschaft.

In der jüngsten Debatte war von solcher Zurückhaltung nichts mehr zu spüren. Mit verstörenden Details über die physiologischen Etappen des Verhungerns meinte Eröffnungsredner Wagner seinen Zuhörern „den Horror, der sich hinter dem Begriff ‚Holodomor‘ verbirgt“, vergegenwärtigen zu müssen. Und mit einer Gewissheit, die sich in der fachwissenschaftlichen Diskussion kaum irgendwo findet, konstatierte er: „Die Tötung durch Hunger hatte auch die politische Unterdrückung des ukrainischen Nationalbewusstseins, der ukrainischen Kultur und Sprache zum Ziel.“ Entsprechend „unübersehbar“ seien „die Parallelen zur heutigen Zeit“. Den Holodomor als Völkermord einzuordnen, sei „nicht nur Mahnung, sondern auch Auftrag an uns alle. Es ist unsere Pflicht, diesen Wahnsinn zu stoppen“.

Guter Wille, ehrliches Entsetzen und argumentative Logik gehen nicht immer zusammen

Spätestens an dieser Stelle wurde klar, dass guter Wille, ehrliches Entsetzen und argumentative Logik nicht immer zusammengehen. Ganz abgesehen von der Frage nach der Definitions- und Deutungsmacht des deutschen Parlaments in Bezug auf ein Menschheitsverbrechen aus der frühen Sowjetzeit: Wie sich Putin dadurch bei seinen heutigen Verbrechen gegen das Völkerrecht „stoppen“ lassen könnte, vermochte weder der Abgeordnete Wagner noch sonst jemand zu sagen.

Aber das störte nicht in einer Debatte, aus der das Bedürfnis nach psychischer Selbstentlastung mindestens so sehr sprach wie jenes nach historischer (Selbst-)Belehrung – und die letztlich vor allem als Zeichen der Solidarität mit den nun immer öfter in Kälte und Dunkelheit ausharrenden Menschen in der Ukraine

verstanden werden wollte. Wohl deshalb stimmte am Ende sogar aus den Reihen von AfD und Linken niemand gegen die Resolution, obgleich sie in der dort bekenntlich eher für falsch gehaltenen Forderung mündet, die Ukraine „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiterhin politisch, finanziell, humanitär und militärisch zu unterstützen“.

Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive bleiben nach diesem gut gemeinten, aber nicht gut gemachten Parlamentsbeschluss vor allem in zweierlei Hinsicht Bedenken zurück: Zum einen, weil er das Bedürfnis nach historischer Verengung und nationaler Vereinnahmung eines kommunistischen Großverbrechens ignoriert, das die heutige Ukraine (vor allem im Osten) in absoluten Zahlen mit schätzungsweise 3,5 Millionen Hungertoten am stärksten, aber keineswegs ausschließlich betraf; Kasachstan verlor etwa 1,5 Millionen Menschen, also mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung. Aber Hunderttausende verhungerten auch auf russischem Territorium (vor allem im Nordkaukasus, sowie, zum zweiten Mal innerhalb eines Jahrzehnts, im Ural und an der Wolga). Zum andern, weil er die Tendenz zu einer legislativen Festschreibung historischer Deutungen folgt, die sich seit den Neunzigerjahren parallel zum intensiver gewordenen Diskurs über Menschenrechte und Genozide ausgebreitet und deren ursprünglich erhoffte Schutzfunktion, etwa zugunsten von Minderheiten, sich leider als illusorisch herausgestellt hat.

Wer aus der Geschichte lernen will – und darin gründet, allen Enttäuschungen zum Trotz, immerhin ein Zukunftsversprechen –, der sollte nicht machtbetsetzten Definitionen das Wort reden, sondern der offenen Reflexion. Gerade auch in Kriegszeiten.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Jena. Seine Kolumne erscheint alle vier Wochen.

Damit können Sie rechnen

Ob Familien, Betriebe oder Beschäftigte – von den steuerlichen Entlastungen profitieren alle. Schnell und spürbar. Mehr:

[bundesfinanzministerium.de/entlastungen](https://www.bundesfinanzministerium.de/entlastungen)



Bundesministerium der Finanzen